

## **Protokoll der Sitzung des Kreistages (4. Wahlperiode) am 04.12.2013 - öffentlicher Teil**

Datum: 04.12.2013

Zeit: 14:00 Uhr – 18:00 Uhr

Ort: Kreisverwaltung Uckermark in Prenzlau, Karl-Marx-Straße 1, Plenarsaal

### **Anwesende Kreistagsmitglieder:**

#### **Landrat**

Herr Dietmar Schulze Landrat

#### **Fraktion CDU/Bauern**

Herr Alard von Arnim	CDU/Bauern
Herr Wolfgang Banditt	CDU/Bauern
Herr Siegfried Boldt	CDU/Bauern
Herr Sven Freundt	CDU/Bauern
Herr Dr. Hans-Otto Gerlach	CDU/Bauern
Herr Karl Heimann	CDU/Bauern
Herr Jens Koeppen	CDU/Bauern
Herr Friedhelm Liermann	CDU/Bauern
Herr Andreas Meyer	CDU/Bauern
Herr Jürgen Mittelstädt	CDU/Bauern
Frau Sylvia Steinhauser	CDU/Bauern
Herr Hans-Jürgen Waldow	CDU/Bauern
Herr Henryk Wichmann	CDU/Bauern

#### **SPD-Fraktion**

Herr Dr. Horst Albrecht	SPD
Herr Frank Bretsch	SPD
Herr Burkhard Fleischmann	SPD
Frau Jutta Giese	SPD
Herr Ulrich Giese	SPD
Herr Gustav-Adolf Haffer	SPD
Frau Astrid Hirschfelder	SPD (bis 16:09 Uhr)
Herr Jürgen Hoppe	SPD
Herr Uwe Neumann	SPD
Herr Wilfried Paesler	SPD
Herr Wolfgang Seyfried	SPD
Herr Olaf Theiß	SPD (bis 16:18 Uhr)

#### **Fraktion DIE LINKE**

Frau Leonore Armbruster	DIE LINKE
Frau Madlen Bismar	DIE LINKE
Herr Heinz Gottschalk	DIE LINKE

Frau Sieglinde Knudsen	DIE LINKE	
Herr Axel Krumrey	DIE LINKE	(ab 14:10 Uhr)
Herr Jörg Kuschel	DIE LINKE	(ab 14:15 Uhr)
Herr Heiko Poppe	DIE LINKE	
Herr Gerhard Rohne	DIE LINKE	

### **FDP-Fraktion**

Herr Andreas Büttner	FDP	(ab 14:06 Uhr)
Herr Walter Henke	FDP	
Herr Gerd Regler	FDP	
Herr Klaus Scheffel	FDP	
Herr Walter Seehagen	FDP	
Herr Wilfried Voß	FDP	
Herr Burkhard Woitge	FDP	

### **Fraktion Rettet die Uckermark**

Herr Bernd Hartwich	Rettet die Uckermark
Herr Udo Runde	Rettet die Uckermark
Frau Gudrun Seedorf	Rettet die Uckermark

### **Bündnis 90/ Die Grünen**

Herr Roland Resch	Grüne/B90
-------------------	-----------

### **NPD**

Herr Sven Barthel	NPD
-------------------	-----

### **Abgeordnete**

Herr Andy Kucharzewski	parteilos
------------------------	-----------

### **Verwaltung**

Frau Karina Dörk	1. Beigeordnete
Herr Frank Fillbrunn	2. Beigeordneter
Herr Bernd Brandenburg	3. Beigeordneter

### **Schriftführer**

Herr Wolfgang Gerhardt	Büro des Landrates / Kreistagsbüro
------------------------	---------------------------------------

### **Abwesende Kreistagsmitglieder:**

#### **Fraktion DIE LINKE**

Herr Thomas Frese	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Dr. Hans-Georg Goetzke	DIE LINKE	entschuldigt

**FDP-Fraktion**

Herr Oliver Sajons                      FDP                                      entschuldigt

**Fraktion Rettet die Uckermark**

Herr Dr. Gernot Schwill              Rettet die Uckermark              entschuldigt

**zu TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Resch begrüßt die Abgeordneten des Kreistages, den Landrat Herrn Schulze, die 1. Beigeordnete Frau Dörk, den 2. Beigeordneten Herrn Fillbrunn, den 3. Beigeordneten Herrn Brandenburg, die weiteren Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie alle anwesenden Bürgerinnen und Bürger des Landkreises, Gäste und Vertreter der Medien.

Er teilt mit, dass zurzeit 44 Abgeordnete des Kreistages anwesend sind und sich 4 Abgeordnete zur Sitzung entschuldigt haben. Der Kreistag ist damit beschlussfähig.

**zu TOP 2: Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)**

Herr Resch stellt fest, dass die Tagesordnung allen Abgeordneten form- und fristgerecht zugegangen ist.

Er macht darauf aufmerksam, dass den Abgeordneten zur heutigen Sitzung noch ein Antrag des Abgeordneten Axel Krumrey

- Bürgerkriegsflüchtlinge in der Uckermark  
AF/161/2013

zugegangen ist, der als TOP 7.4 unter dem TOP Anfragen aus dem Kreistag in die Tagesordnung eingeordnet wird.

*(Herr Büttner kommt um 14:06 Uhr.)*

Des Weiteren informiert Herr Resch, dass zwischenzeitlich noch eine Beschlussvorlage eingereicht wurde, die in die Tagesordnung des öffentlichen Teils aufzunehmen ist.

Es handelt sich um die Drucksache

- Genehmigung der Eilentscheidung zur Einreichung der Klage des Landkreises Uckermark gegen den Träger EJV gemeinnützige AG wegen Entgelterhöhungen in der Jugendhilfe nach §§ 78 b ff. SGB VIII  
BV/160/2013

Herr Resch bittet darum, die genannte Beschlussvorlage als TOP 22 in die Tagesordnung einzuordnen.

**zu TOP 2.1: Anträge zur Tagesordnung**

Herr Resch informiert darüber, dass zur heutigen Sitzung mehrere fristgerecht eingereichte Anträge eines einzelnen Kreistagsabgeordneten eingegangen sind,

über deren Behandlung der Kreistag gemäß § 11 Absatz 3 Geschäftsordnung (GeschO) beschließt.

Er ruft anschließend die Anträge einzeln hintereinander auf und bittet die Kreistagsmitglieder jeweils über die Aufnahme dieser Anträge in die heutige Tagesordnung abzustimmen.

**zu TOP 2.1.1: Antrag: "Arbeitskreis gegen Drogenkriminalität"**

**Vorlage: AN/149/2013**

*Der Kreistag lehnt die Behandlung des Antrages AN/149/2013 mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen ab.*

**zu TOP 2.1.2: Antrag: Bürgerfreundlichere Kreistagsinformationen durch die Nutzung der neuen Medien**

**Vorlage: AN/150/2013**

*Der Kreistag lehnt die Behandlung des Antrages AN/150/2013 mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen ab.*

**zu TOP 2.1.3: Antrag: Gründung eines Kinder- und Jugendparlamentes im Landkreis Uckermark**

**Vorlage: AN/151/2013**

*Der Kreistag lehnt die Behandlung des Antrages AN/151/2013 mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen ab.*

**zu TOP 2.1.4: Ausgewählte Schulsportanlagen für Kinder-Sport-Sonntag öffnen**

**Vorlage: AN/152/2013**

*Der Kreistag lehnt die Behandlung des Antrages AN/152/2013 mehrheitlich bei 2 Ja-Stimmen ab.*

*Der Kreistag stimmt der so geänderten Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen zu.*

Die Sitzung hat somit folgende Tagesordnung im öffentlichen Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)
3. Bestätigung der Niederschrift der 25. Sitzung des Kreistages am 18.09.2013 - öffentlicher Teil
4. Informationen
5. Einwohnerfragestunde
6. Aktuelle Stunde
  - 6.1 Bericht des Landrates
  - 6.2 Aussprache zum Bericht
7. Anfragen aus dem Kreistag
  - 7.1 Haushaltsansatz 2013 für die Bezuschussung von Kitas nach §16, Absatz 2 KitaG  
AF/148/2013

- 7.2 Arbeitsaufkommen im Jugendamt / Ansteigen der Beschwerden von Anträgen zur Übernahme der Elternbeiträge zur Unterbringung in einer Kindertageseinrichtung im Jugendamt im Raum Schwedt/Oder (bekannt sind derzeit Bearbeitungszeiten von 3 - 5 Monaten)  
AF/155/2013
- 7.3 Frage an den Landrat des Kreistages Uckermark / Antrag an den Kreistag bzgl. § 11 Anträge (§ 30 Absatz 3 BbgKVerf)  
AF/157/2013
- 7.4 Bürgerkriegsflüchtlinge in der Uckermark  
AF/161/2013
8. Anträge an den Kreistag
  - 8.1 Überarbeitung und Konkretisierung der Härtefallregelung aus dem Jahre 2012 für die freien Träger von Kindertagesstätten  
AN/158/2013
9. Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs-, Behinderten- und Seniorenbeauftragten des Landkreises Uckermark für das Jahr 2013  
BR/143/2013
10. Bericht über die Tätigkeit des Integrationsbeauftragten für das Jahr 2013  
BR/144/2013
11. Beschluss über den Kreiswahlleiter und den Stellvertreter für die Kreistagswahl 2014  
BV/128/2013
12. Beschluss über die Zahl und Abgrenzung der Wahlkreise für die Kreistagswahl 2014  
BV/129/2013
13. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH (UVG)  
BV/126/2013
14. Zustimmung gem. § 70 (1) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf.) zu außerplanmäßigen Auszahlungen  
BV/132/2013
15. Verwendung der Mittel aus der Rückstellung Bildung und Teilhabe  
BV/135/2013/1
  - 15.1 Änderungsantrag - Verwendung der Mittel aus der Rückstellung Bildung und Teilhabe  
ÄÄ/0009/2013
16. Antrags- und Bewilligungsstand über die Zuschusserhöhung zur Kindertagesbetreuung - "Härtefallregelung" 2012  
BR/159/2013
17. Prüfungsmitteilung zur überörtlichen Prüfung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe im Landkreis Uckermark im Februar/März 2013  
BR/156/2013
18. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über den Kostenersatz für Leistungen der Brandschutzdienststelle und der Katastrophenschutzbehörde des Landkreises Uckermark.  
BV/120/2013
19. 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Uckermark (5. Änderungssatzung - Gebührensatzung Rettungsdienst)  
BV/119/2013
20. Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2012  
BR/125/2013

21. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im III. Quartal 2013  
BR/134/2013
22. Genehmigung der Eilentscheidung zur Einreichung der Klage des Landkreises Uckermark gegen den Träger EJF gemeinnützige AG wegen Entgelterhöhungen in der Jugendhilfe nach §§ 78 b ff. SGB VIII  
BV/160/2013

*(Herr Krumrey kommt um 14:10 Uhr.)*

### **zu TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 25. Sitzung des Kreistages am 18.09.2013 - öffentlicher Teil**

Herr Resch teilt mit, dass innerhalb der vorgegebenen Frist keine schriftlichen Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift bei ihm oder im Kreistagsbüro eingegangen sind. Da es keine weiteren Bemerkungen zur Niederschrift gibt, gilt die Niederschrift als bestätigt.

### **zu TOP 4: Informationen**

Herr Resch informiert, dass alle Aufträge an die Verwaltung, die sich aus der letzten Sitzung des Kreistages am 18.09.2013 ergeben haben, zwischenzeitlich abgearbeitet wurden. Er weist in diesem Zusammenhang auf die beiden Schreiben des Landrates vom 07.10.2013 hin, mit denen die von Herrn Thomas Schuberth und Frau Marlies Helsing in der letzten Sitzung gestellten Fragen zur Kita-Finanzierung beantwortet wurden. Eine Kopie dieser Schreiben wurde allen Abgeordneten zugesandt.

Außerdem macht Herr Resch darauf aufmerksam, dass im Foyer vor dem Plenarsaal Formulare zur Unterstützung einer Petition des Vereins Weitblick – Verkehrsinfrastruktur, Wirtschaft und Logistik e.V. vom 4. September 2013 an den Deutschen Bundestag ausliegen, in die sich alle Abgeordneten und auch Gäste eintragen können, falls sie das Anliegen unterstützen wollen. Die Petition steht unter der Überschrift: „Entlastung unserer Straßen – Weniger Staus, weniger Unfälle, weniger Lärm und CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch kostengünstige und nachhaltige Verlagerung der Güterströme von der Straße auf das Wasser“. Herr Resch weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 15.06.2011 mit DS-Nr.: 66/2011 eine Resolution verabschiedete, die sich gegen die vom Bundesverkehrsministerium beabsichtigte Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und somit gegen eine Herabstufung der Bundeswasserstraßen in den neuen Bundesländern richtete.

### **zu TOP 5: Einwohnerfragestunde**

Herr Richter, Elternsprecher der Diesterweg-Grundschule Prenzlau, möchte vom Kreistagsvorsitzenden bzw. vom Landrat wissen:

- 1) *Wie weit ist das Bildungs- und Teilhabepaket, das heute beschlossen werden soll?*
- 2) *Soll es ausgezahlt werden, für die Kinder, für die Projekte?*
- 3) *Sieht der Kreistag oder der Landkreis derzeit die Möglichkeit, sich an der Schulsozialarbeit der Grundschulen im gesamten Landkreis zu beteiligen?*

Herr Resch macht Herrn Richter darauf aufmerksam, dass die angesprochene Thematik heute noch Gegenstand der Sitzung unter TOP 15 ist, wo es eine Beschlussvorlage und einen Änderungsantrag hierzu gibt. Er bittet Herrn Richter, die Diskussi-

on und den Beschluss hierzu abzuwarten, um dann zu erfahren, wie weiter verfahren wird.

Zur Frage der Finanzierung von Schulsozialarbeitern weist Herr Resch darauf hin, dass diese Frage mehrfach vom Landrat beantwortet wurde und es keinen neuen Stand hierzu gibt, es sei den, dass der Kreistag heute im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket einen entsprechenden Beschluss fasst. Dieses bleibt jedoch abzuwarten.

Oskar Schüler, Schüler der Diesterweg-Grundschule Prenzlau, ist der Meinung, dass der Bund Geld für das Bildungs- u. Teilhabepaket gespendet hat und *möchte deshalb wissen, warum dieses Geld im eigenen Haushalt des Kreises verschwunden ist und nicht für Schulsozialarbeit verwendet wird.*

Herr Resch stellt klar, dass der Bund nichts gespendet hat und im Haushalt auch noch nichts verschwunden ist. Er bittet Oskar Schüler, die Beratung zum TOP 15 abzuwarten.

## **zu TOP 6: Aktuelle Stunde**

### **zu TOP 6.1: Bericht des Landrates**

*(Herr Kuschel kommt um 14:15 Uhr.)*

Der Landrat trägt seinen Bericht vor.

Herr Resch bittet darum, den Bericht des Landrates der Niederschrift als Anlage beizufügen (s. **Anlage 1**).

### **zu TOP 6.2: Aussprache zum Bericht**

Herr Krumrey hinterfragt, was Mono-Aromate sind und geht auf die vom Landrat angesprochene Schulstruktur vor dem Hintergrund des demographischen Wandels ein. Er hält es für wichtig, diese Angelegenheit in dem dafür zuständigen Fachausschuss, unter Einbindung entsprechender Experten, nochmals zu thematisieren. Er regt in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport (KBSA) an, möglicherweise bereits einen entsprechenden Tagesordnungspunkt in die nächste Beratungsfolge einzuspeisen.

Des Weiteren bittet Herr Krumrey im Zusammenhang mit seiner zur heutigen Sitzung eingereichten schriftlichen Anfrage zur Problematik der Asylbewerber und der Bürgerkriegsflüchtlinge darum, dass die Verwaltung die Unterbringung dieser Menschen nicht nur als reinen Verwaltungsakt betrachten möge, sondern eine langfristige Einbindung des Umfeldes sowie eine transparente Informationspolitik vor dem Hintergrund bereits bestehender Erfahrungen in der Vergangenheit vornimmt.

Der Landrat nimmt zu den Anmerkungen Stellung. Er geht in diesem Zusammenhang auch auf den Fortschritt bei der Beseitigung der Altlastendeponien im Landkreis Uckermark ein. Zur Frage der Schulstruktur vor dem Hintergrund des demographischen Wandels spricht sich der Landrat dafür aus, diese Angelegenheit auch in den Gremien des Landkreises zu diskutieren.

**zu TOP 7: Anfragen aus dem Kreistag****zu TOP 7.1: Haushaltsansatz 2013 für die Bezuschussung von Kitas nach §16, Absatz 2 KitaG  
Vorlage: AF/148/2013**

Der Einreicher der Anfrage, Herr Dr. Gerlach, trägt seine Anfrage gemäß § 12 Absatz 4 GeschO vor.

Der 2. Beigeordnete, Herr Fillbrunn, nimmt anschließend im Auftrag des Landrates die mündliche Beantwortung der Anfrage vor.

Herr Resch weist noch darauf hin, dass der Anfragende zur heutigen Sitzung eine schriftliche Antwort des Landrates vom 22.11.2013 erhalten hat und allen übrigen Abgeordneten eine Kopie dieses Schreibens zugegangen ist.

Herr Dr. Gerlach erklärt, dass er mit der Beantwortung seiner Anfrage einverstanden ist.

**zu TOP 7.2: Arbeitsaufkommen im Jugendamt / Ansteigen der Beschwerden von Anträgen zur Übernahme der Elternbeiträge zur Unterbringung in einer Kindertageseinrichtung im Jugendamt im Raum Schwedt/Oder (bekannt sind derzeit Bearbeitungszeiten von 3 - 5 Monaten)  
Vorlage: AF/155/2013**

Der Einreicher der Anfrage, Herr Kuschel, trägt seine Anfrage gemäß § 12 Absatz 4 GeschO vor.

Der 2. Beigeordnete, Herr Fillbrunn, nimmt anschließend im Auftrag des Landrates die mündliche Beantwortung der Anfrage vor.

Herr Resch weist noch darauf hin, dass der Anfragende zur heutigen Sitzung eine schriftliche Antwort des Landrates vom 19.11.2013 erhalten hat und allen übrigen Abgeordneten eine Kopie dieses Schreibens zugegangen ist.

Herr Kuschel erklärt, dass er mit der Beantwortung seiner Anfrage einverstanden ist.

**zu TOP 7.3: Frage an den Landrat des Kreistages Uckermark / Antrag an den Kreistag bzgl. § 11 Anträge (§ 30 Absatz 3 BbgKVerf)  
Vorlage: AF/157/2013**

Der Einreicher der Anfrage, Herr Barthel, verzichtet darauf, seine Anfrage gemäß § 12 Absatz 4 GeschO mündlich vorzutragen und erklärt, dass er mit der schriftlichen Antwort des Landrates vom 02.12.2013 einverstanden ist.

**zu TOP 7.4: Bürgerkriegsflüchtlinge in der Uckermark  
Vorlage: AF/161/2013**

Der Einreicher der Anfrage, Herr Krumrey, trägt seine Anfrage gemäß § 12 Absatz 4 GeschO vor.

Der Landrat nimmt die mündliche Beantwortung der Anfrage vor.

Herr Resch weist darauf hin, dass dem Anfragenden noch eine schriftliche Antwort des Landrates zugesandt wird und alle übrigen Abgeordneten eine Kopie dieses Schreibens erhalten werden.

Herr Dr. Gerlach möchte im Zusammenhang mit der Gruppe der Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsgebiet Syrien wissen, ob der Landrat etwas dafür tun kann, dass diese Menschen möglichst frühzeitig in Arbeit kommen.

Der Landrat hält es in Absprache mit den Kirchen und anderen sozialen Strukturen im Landkreis für wichtig, noch mehr als bisher zu tun, wobei die Eingliederung dieser Menschen in bestimmte Berufe vom Ergebnis eines dafür vorgeschriebenen Anerkennungsverfahrens abhängig ist. Er bietet jedoch seine Unterstützung bei der Vermittlung dieser Menschen an die zuständige Anerkennungsbehörde an.

Der Kreistagsvorsitzende verzichtet auf die entsprechend der Geschäftsordnung notwendige schriftliche Einreichung der von Herrn Dr. Gerlach gestellten Zusatzfrage und geht davon aus, dass sich die Beantwortung dieser Zusatzfrage in der schriftlichen Antwort des Landrates auf die Hauptfrage wiederfinden wird.

## **zu TOP 8: Anträge an den Kreistag**

### **zu TOP 8.1: Überarbeitung und Konkretisierung der Härtefallregelung aus dem Jahre 2012 für die freien Träger von Kindertagesstätten Vorlage: AN/158/2013**

Herr Dr. Gerlach begründet den vorliegenden Antrag und weist in diesem Zusammenhang auf den in der Sitzung des Kreistages am 18.04.2012 gefassten Beschluss hin, der die Schaffung einer Härtefallregelung für die Kindertagesstätten vorsieht, für die der Betrieb künftig nicht mehr kostendeckend ausfinanziert wird. Er ist der Auffassung, dass der Kreistag seinerzeit mit dem Beschluss zur DS-Nr.: 37/2012 etwas anderes gewollt hat, als es im Nachgang bei der Umsetzung des Beschlusses praktiziert worden ist. Herr Dr. Gerlach schlägt deshalb im Interesse der betroffenen Kitas vor, das im Zusammenhang mit der Härtefallregelung vorgeschriebene Prüfverfahren gemeinsam mit der Verwaltung zu diskutieren, da ansonsten die Gefahr bestehe, dass Kitas in die Insolvenz geraten, ohne als Härtefall zu gelten.

Herr Regler ist der Meinung, dass man bei einer derart bedeutenden Entscheidung den zuständigen Jugendhilfeausschuss nicht unbeteiligt lassen kann.

Die FDP-Fraktion stellt deshalb den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag AN/158/2013 zur Beratung in den Jugendhilfeausschuss zu verweisen mit abschließender Beschlussfassung durch den Kreistag (der Antrag wurde nachträglich als DS-Nr.: AN/162/2013 registriert).

Der Landrat macht darauf aufmerksam, dass der Landkreis Uckermark der einzige Landkreis ist, der überhaupt eine entsprechende Härtefallregelung erarbeitet hat. Er merkt an, dass es vorliegend nur darum gehen kann, wie Verwaltung und Abgeordnete jetzt weiter miteinander reden, um noch bestehende inhaltliche Probleme bei der Umsetzung der Härtefallregelung zu lösen.

Frau Seedorf weist darauf hin, dass die Fraktion Rettet die Uckermark seinerzeit gegen die Schaffung einer Härtefallregelung gewesen ist, da man mit dieser Regelung ihrer Meinung nach keine Fairness erreicht.

**zu TOP 8.1.1: Geschäftsordnungsantrag - Verweisung des Antrages AN/158/2013 - Überarbeitung der Härtefallregelung aus dem Jahre 2012 für die freien Träger von Kindertagesstätten - in den Jugendhilfeausschuss**

**Vorlage: AN/162/2013**

*Der Kreistag stimmt dem Geschäftsordnungsantrag AN/162/2013 mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung zu und beschließt:*

*„Der Antrag AN/158/2013 - Überarbeitung der Härtefallregelung aus dem Jahre 2012 für die freien Träger von Kindertagesstätten – wird zur Vorberatung in den Jugendhilfeausschuss verwiesen mit anschließender Beschlussfassung durch den Kreistag.“*

**zu TOP 9: Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs-, Behinderten- und Seniorenbeauftragten des Landkreises Uckermark für das Jahr 2013**

**Vorlage: BR/143/2013**

*„Der Kreistag nimmt den Tätigkeitsbericht der Gleichstellungs-, Behinderten- und Seniorenbeauftragten des Landkreises Uckermark für das Jahr 2013 zur Kenntnis.“*

**zu TOP 10: Bericht über die Tätigkeit des Integrationsbeauftragten für das Jahr 2013**

**Vorlage: BR/144/2013**

Herr Banditt bedankt sich beim Integrationsbeauftragten, Herrn Ural Memet und bei allen anderen Mitgliedern des Integrationsbeirates sowie dem Landrat für die gute Zusammenarbeit im Rahmen des Integrationsbeirates 2013.

Herr Barthel möchte wissen, warum es unterschiedliche Angaben zur Zahl der Asylbewerber im Landkreis Uckermark in der schriftlichen Antwort des Landrates auf seine gestellte Anfrage vom 25.03.2013 einerseits und in dem heute gehaltenen Bericht über die Tätigkeit des Integrationsbeauftragten für das Jahr 2013 andererseits gibt.

Herr Memet weist u. a. darauf hin, dass die Asylbewerberzahlen stichtagsbezogen zu betrachten sind und es deshalb zu unterschiedlichen Zahlenangaben kommen kann.

Herr Kucharzewski möchte im Hinblick auf Antirassismus, Toleranz und Weltoffenheit wissen, warum die Kreistagsmitglieder nicht selbst einige Asylbewerber bei sich im eigenen Heim aufnehmen, um so mit eigenem Vorbild voranzugehen und selbst Toleranz zu leben.

Auf nochmalige Nachfrage von Herrn Barthel zu den unterschiedlichen Angaben zur Zahl der Asylbewerber weist Herr Resch abschließend auf die verschiedenen Stichtage bei der Erarbeitung der Materialien hin.

*„Der Kreistag nimmt den Bericht des Integrationsbeauftragten für das Jahr 2013 zur Kenntnis.“*

**zu TOP 11: Beschluss über den Kreiswahlleiter und den Stellvertreter für die Kreistagswahl 2014**

**Vorlage: BV/128/2013**

Der Kreistagsvorsitzende und der Landrat bedanken sich beim bisherigen Kreiswahlleiter, Herrn Heiko Streich, für seine geleistete Arbeit in der Vergangenheit und wünschen dem neuen Kreiswahlleiter, Herrn Marcel Dziwis, viel Erfolg in Ausübung seiner Funktion als Kreiswahlleiter für die Kreistagswahl im Jahre 2014.

Der Landrat dankt in diesem Zusammenhang gleichzeitig Herrn Dziwis für die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung der Bundestagswahl 2013 im Landkreis Uckermark.

*Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu und beschließt:*

*„Der Kreistag beruft Herrn Marcel Dziwis zum Kreiswahlleiter und Herrn Wolfgang Gerhardt zum stellvertretenden Kreiswahlleiter für die Kreistagswahl am 25. Mai 2014.“*

**zu TOP 12: Beschluss über die Zahl und Abgrenzung der Wahlkreise für die Kreistagswahl 2014**

**Vorlage: BV/129/2013**

*Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu und beschließt:*

*„Für die Wahl zum Kreistag des Landkreises Uckermark am 25. Mai 2014 werden 4 Wahlkreise mit folgender Abgrenzung gebildet:*

*Wahlkreis 1: Stadt Angermünde, Amt Gartz (Oder), Amt Oder-Welse*

*Wahlkreis 2: Stadt Prenzlau, Gemeinde Nordwestuckermark, Gemeinde Uckerland, Amt Brüssow (Uckermark), Amt Gramzow*

*Wahlkreis 3: Stadt Schwedt/Oder*

*Wahlkreis 4: Stadt Lychen, Stadt Templin, Gemeinde Boitzenburger Land, Amt Gerswalde“*

**zu TOP 13: Änderung des Gesellschaftsvertrages der Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH (UVG)**

**Vorlage: BV/126/2013**

Herr Waldow nimmt Bezug auf die Diskussion in der Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung (REA) und seine dort geäußerten Bedenken hinsichtlich der vorgesehenen Änderung des Gesellschaftsvertrages. Er merkt an, dass seine Bedenken zwischenzeitlich ausgeräumt sind.

*Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage einstimmig bei 8 Enthaltungen zu und beschließt:*

*„Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der „Uckermärkischen Verkehrsgesellschaft mbH (UVG)“ zu.“*

**zu TOP 14: Zustimmung gem. § 70 (1) Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf.) zu außerplanmäßigen Auszahlungen**

**Vorlage: BV/132/2013**

*Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage einstimmig bei einer Enthaltung zu und beschließt:*

*„Der Kreistag genehmigt die außerplanmäßige Auszahlung auf dem Produktkonto 54210.785201 in Höhe von 293.000 € für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Sternthal der K 7327.“*

**zu TOP 15. Verwendung der Mittel aus der Rückstellung Bildung und Teilhabe  
Vorlage: BV/135/2013/1**

Herr Resch weist darauf hin, dass den Abgeordneten mit DS-Nr.: BV/135/2013/1 bereits eine neue Version der Beschlussvorlage mit einem geänderten Beschlussvorschlag vorliegt, die heute zur Abstimmung steht.

In diesem Zusammenhang macht er auch auf einen Änderungsantrag ÄA/0009/2013 aufmerksam, mit dem eine Neufassung des Beschlussvorschlages zur Drucksache BV/135/2013 beantragt wird. Da sich der Änderungsantrag noch auf die ursprüngliche DS-Nr.: BV/135/2013 bezieht, fragt Herr Resch den Einreicher, ob er den Änderungsantrag auch für die DS-Nr.: BV/135/2013/1 aufrecht erhält, was ihm vom Einreicher des Änderungsantrages bestätigt wird.

Herr Resch bittet anschließend darum, die Diskussion zur Beschlussvorlage und zum Änderungsantrag im Zusammenhang zu führen.

**Herr Koeppen** begründet den Änderungsantrag und macht auch auf unterschiedliche Auffassungen über die Gestaltung von Bildung und Teilhabe sowohl in Bund, Ländern und Kommunen als auch in der Verwaltung und den einzelnen Fraktionen des Kreistages Uckermark aufmerksam. Er erläutert anschließend seine Sicht der Sach- und Rechtslage zur Umsetzung des Gesetzes zu Bildung und Teilhabe. Herr Koeppen merkt u. a. an, dass der Bund auf seiner Rechtsauffassung bestehen muss, die in 2012 nicht verbrauchten Mittel aus Bildung und Teilhabe zurückzufordern, da er vom Bundesrechnungshof kontrolliert wird und es sich außerdem um Steuergelder handelt. Er ist jedoch der Auffassung, dass eine Rechtsauffassung noch kein Rechtsstreit ist und teilt mit, dass der Bund mehrfach angedeutet hat, dass er nicht klagen wird. Herr Koeppen weist darauf hin, dass der Bund nicht direkt auf die Landkreise durchgreifen kann und auch Herr Minister Baaske ihm versichert hat, dass es seitens des Landes keine Rückforderung von Mitteln aus Bildung und Teilhabe geben wird. Herr Koeppen regt bezüglich der übrig gebliebenen Mittel aus Bildung und Teilhabe des Jahres 2012 an, heute gemeinsam zu vereinbaren, so viel Geld wie möglich oder auch das gesamte Geld sofort auszuzahlen, um es zweckentsprechend den Kindern und Jugendlichen zugute kommen zu lassen.

**Herr Bretsch** nimmt zur Rechtsauffassung von Herrn Koeppen Stellung. Er weist u. a. darauf hin, dass im Bund ein Bildungs- und Teilhabegesetz entgegen den klaren und deutlichen Anregungen der Opposition beschlossen wurde und man im Hinblick auf die Ausreichung der Mittel nicht bereit war, auf eine Einzelantragstellung zu verzichten, was genau ein Hemmnis dafür sei, dass bestimmte Personengruppen überhaupt einen guten und durchgreifenden Zugriff auf diese Mittel haben. Herr Bretsch ist der Auffassung, dass ein Gesetz, das möglicherweise gut gemeint ist, so schlecht gemacht ist, dass allein in der Uckermark 981.000 Euro im Jahre 2012 liegen geblieben sind. Er nimmt Bezug auf die von Herrn Koeppen angesprochenen Äußerungen Herrn Baaskes zum Rückforderungsverzicht seitens des Landes und merkt an, dass der Bund das Durchgreifen auf die nichtverbrauchten Mittel des Landkreises nur anders darstellen wird, indem er diese Mittel gegenüber dem Land verrechnet. Herr Bretsch zitiert noch aus einer Bundesdrucksache vom 05.11.2013, wonach die Bundesregierung keinen Zweifel daran lässt, dass sie an ihrer

Rechtsauffassung und der daraus abgeleiteten Forderung festhält, dass die Mehr- oder Minderausgaben für Bildung und Teilhabeleistungen des Jahres 2012 nach § 28 SGB II und § 6 b Bundeskindergeldgesetz ebenfalls auszugleichen sind. Herr Bretsch kritisiert den vorliegenden Änderungsantrag, der darauf abziele, Geld auszugeben, das der Landkreis nicht hat und verweist darauf, dass der Bund die genannten Mittel bisher nicht freigegeben hat. Er ist der Auffassung, dass die Rechtsauffassung des Bundes bei der Entscheidung des Landkreises über die Verwendung der nichtverbrauchten Mittel aus Bildung und Teilhabe des Jahres 2012 unbedingt zu berücksichtigen ist.

*(Frau Hirschfelder geht um 16:09 Uhr.)*

**Herr Poppe** spricht sich gegen den vorliegenden Änderungsantrag aus. Auch hält er das Bundesgesetz zu Bildung und Teilnahme u. a. wegen der zu geringen Inanspruchnahme der Mittel seitens der Anspruchsberechtigten von nur 54 % in der Uckermark nicht für ein gutes Gesetz. Herr Poppe ist der Auffassung, dass für Verwaltungshandeln zunächst ein rechtskräftiger Bescheid vorliegen muss, der rechtliche Klarheit zur Verwendung der Mittel bringt. Solange dieser Bescheid nicht vorliegt, müsse die Verwaltung so handeln, wie sie es tut. Herr Poppe spricht sich für einen Beschluss zur Drucksache BV/135/2013/1 aus und hält auch die von der Verwaltung gegebene Begründung zum Beschlussvorschlag für nachvollziehbar. Zur Möglichkeit einer Finanzierung von Schulsozialarbeit merkt Herr Poppe an, dass der Landkreis keine Schulsozialarbeit nach Kassenlage machen sollte, da dadurch in der Vergangenheit mehr Schaden als Nutzen entstanden ist. Er sieht es als Aufgabe des neuen Kreistages an, nach Möglichkeiten und Wegen für eine dauerhafte Finanzierung von Schulsozialarbeit zu suchen.

**Herr Meyer** wirbt für den vorliegenden Änderungsantrag und weist die geäußerte Kritik im Zusammenhang mit dem Stellen von Einzelanträgen für die Beantragung von Mitteln aus Bildung und Teilhabe zurück. Er spricht sich insbesondere für eine finanzielle Unterstützung von Musikschulen und Sportvereinen aus, die jetzt dringend Geld für Projekte und Veranstaltungen benötigen würden.

**Herr Dr. Gerlach** nimmt zur Beschlussvorlage Stellung und kritisiert u. a. die im Beschlussvorschlag vorgesehene Aufteilung der finanziellen Mittel. Er sieht die Ausreichung der Mittel wegen des im Beschlussvorschlag formulierten Vorbehalts eines endgültigen Rückforderungsverzichts seitens des Bundes auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Herr Dr. Gerlach ist der Meinung, dass der Landrat eine derartige Vorlage gar nicht erst hätte einbringen sollen, wenn er das Risiko einer Ausreichung der Mittel als derart hoch einschätzt.

*(Herr Theiß geht um 16:18 Uhr.)*

**Der Landrat** weist darauf hin, dass er seitens der CDU/Bauern-Fraktion erst dazu aufgefordert worden ist, die Verteilung der in 2012 nichtverbrauchten Mittel aus Bildung und Teilhabe im Rahmen einer Beschlussvorlage zu regeln und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Herr Regler** teilt mit, dass die FDP-Fraktion der Auffassung ist, dass es nichts zu verteilen gibt und spricht sich auf Grund der unsicheren Rechtslage gegen jegliche Art von Mittelverteilung aus. Auch sieht er keine Notwendigkeit, in großer Eile noch zum Ende des Jahres Geld für Projekte zu verteilen, die nicht entsprechend gut vorbereitet werden konnten. Herr Regler ist dagegen, jetzt zusätzliches Geld für freiwilli-

ge Aufgaben auszugeben und später dann die Kreisumlage erhöhen zu müssen, um diese freiwilligen Aufgaben nachfinanzieren zu können.

**Herr Krumrey** zeigt sich verwundert über die von Herrn Koeppen als Bundestagsabgeordneten geäußerte Aufforderung an den Kreistag zur sofortigen Mittelausgabe, die im Widerspruch zur Rechtsauffassung des Bundes stehe. Mit Blick auf eine Finanzierung von Schulsozialarbeit zeigt sich Herr Krumrey nach wie vor bereit, sich in die Debatte einzubringen, jedoch nur auf der Basis einer soliden Finanzplanung.

**Herr Henke** nimmt zum vorliegenden Änderungsantrag und zu der darin ab 2014 und Folgejahre vorgesehenen Mittelverteilung Stellung. Er befürchtet, dass die jährlich zusätzlich aufzubringenden Mittel für freiwillige Aufgaben ab einem bestimmten Zeitpunkt nur noch durch eine Erhöhung der Kreisumlage ausgeglichen werden können, was zu einer erneuten finanziellen Mehrbelastung der Gemeinden führen würde.

**Herr Haffer** appelliert für einen Beschluss des Kreistages zur Beschlussvorlage BV/135/2013/1. Er spricht sich gegen den vorliegenden Änderungsantrag aus, mit dem Hoffnungen geweckt würden, die nach gegenwärtiger Rechtslage nicht erfüllbar seien. Herr Haffer ist der Auffassung, dass kein Geld ausgegeben werden kann, von dem nicht bekannt ist, ob der Landkreis es hat.

**Herr Waldow** sieht die Ursache für die kontrovers geführte Debatte darin begründet, dass es allen gemeinsam in der gesamten Wahlperiode nicht gelungen sei, sich einer Zukunftsdebatte für die Uckermark zu stellen und zu überlegen, was benötigt wird, um die Uckermark zukunftssicher zu machen und bestimmte Aufgaben zu finanzieren.

**Herr Dr. Albrecht** kritisiert die vorangegangene Diskussion mit Blick auf diejenigen, denen das Geld zukommen soll. Er merkt an, dass der Landkreis dieses Geld nicht hat und somit auch nicht ausgeben kann. Herr Dr. Albrecht spricht sich gegen populistische Debatten einzelner Abgeordneter im Kreistag aus und ist der Auffassung, dass bei entsprechender ordentlicher Arbeit in den Gremien des Kreistages derartige Debatten, wie sie heute im Kreistag stattfinden, nicht nötig sind.

**Herr Henke** teilt mit, dass er nicht von einem Rückforderungsverzicht oder einem Verzicht auf eine Verrechnung der nichtverbrauchten Mittel aus Bildung und Teilhabe seitens des Bundes ausgeht.

**Der Landrat** nimmt abschließend Stellung und spricht sich u. a. für Nachhaltigkeit bei der Finanzierung von Schulsozialarbeit aus.

Herr Resch bittet zunächst über den Änderungsantrag ÄA/0009/2013 abzustimmen.

**zu TOP 15.1: Änderungsantrag - Verwendung der Mittel aus der Rückstellung Bildung und Teilhabe  
ÄA/0009/2013**

*Der Kreistag lehnt den Änderungsantrag mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen ab.*

Herr Resch bittet anschließend über die Beschlussvorlage BV/135/2013/1 abzustimmen.

*Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen zu und beschließt:*

*„Der Kreistag beschließt die mit der Beschlussvorlage BV/078/2013 genehmigte Rückstellung Bildung und Teilhabe in Höhe von 981.359,59 Euro wie folgt zu verwenden:*

1. *Im Zeitraum 2014 bis 2017 werden insgesamt jährlich 95.000 Euro für*
  - die Förderung des Sports 45.000 Euro,*
  - die Förderung der Jugendfeuerwehr 20.000 Euro und*
  - für die anerkannten Kreismusikschulen 30.000 Euro bereitgestellt.*
  
2. *Für den Zeitraum 2013 bis 2017 werden zunächst insgesamt 601.359,59 Euro als Ausgleich für die nicht durch Erträge des Bundes gedeckten Aufwendungen für Bildung und Teilhabe zurückgestellt. Sofern diese Mittel nicht für den Ausgleich benötigt werden, ist im Jahr 2018 über die weitere Verwendung zu entscheiden.*

*Die Umsetzung dieses Beschlusses erfolgt dann, wenn der Bund auf die Rückforderung der nicht in Anspruch genommenen Mittel für Bildung und Teilhabe aus dem Jahr 2012 endgültig verzichtet.“*

*(Herr Mittelstädt geht um 17:08 Uhr.)*

PAUSE von 17:08 Uhr – 17:30 Uhr

**zu TOP 16: Antrags- und Bewilligungsstand über die Zuschusserhöhung zur Kindertagesbetreuung - "Härtefallregelung" 2012**  
**Vorlage: BR/159/2013**

*„Der Kreistag nimmt den Bericht der Verwaltung über die Zuschusserhöhung zur Kindertagesbetreuung für 2012 zur Kenntnis.“*

**zu TOP 17: Prüfungsmitteilung zur überörtlichen Prüfung des örtlichen Trägers der Jugendhilfe im Landkreis Uckermark im Februar/März 2013**  
**Vorlage: BR/156/2013**

*„Der Kreistag nimmt die Prüfungsmitteilung des Kommunalen Prüfungsamtes des Landes Brandenburg vom 07. August 2013 sowie die Umsetzungsvorschläge des Jugendamtes zu den vom KPA gegebenen Hinweisen zur Kenntnis.“*

**zu TOP 18: 1. Satzung zur Änderung der Satzung über den Kostenersatz für Leistungen der Brandschutzdienststelle und der Katastrophenschutzbehörde des Landkreises Uckermark.**  
**Vorlage: BV/120/2013**

*Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage einstimmig zu und beschließt:*

*„Der Kreistag beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung über den Kostenersatz für Leistungen der Brandschutzdienststelle und der Katastrophenschutzbehörde des Landkreises Uckermark.“*

**zu TOP 19: 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Uckermark (5. Änderungssatzung - Gebührensatzung Rettungsdienst)**  
**Vorlage: BV/119/2013**

*Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage einstimmig bei 4 Enthaltungen zu und beschließt:*

*„Der Kreistag beschließt die 5. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Uckermark (5. Änderungssatzung – Gebührensatzung Rettungsdienst).“*

**zu TOP 20: Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2012**  
**Vorlage: BR/125/2013**

Herr Dr. Gerlach, der Landrat, Herr Hoppe, Herr Resch und Herr Brandenburg diskutieren u. a. über die Einführung von Risikoberichten seitens der Gesellschaften, die Informationspflicht des Gesellschaftervertreters gegenüber dem Kreistag, die Rechte und Pflichten von Aufsichtsräten sowie über die Möglichkeiten des Kreistages, Einfluss auf die Entscheidungen der Aufsichtsräte kreiseigener Gesellschaften zu nehmen.

Frau Seedorf nimmt Bezug auf Seite 81 des als Anlage beigefügten Beteiligungsberichtes und hinterfragt die unter Abschnitt 2.5.8.2 Gewinn- und Verlustrechnung als Punkt 9. und 11. aufgeführten Angaben zu sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie zu außerordentlichen Aufwendungen und möchte wissen, was hinter diesen Zahlen steckt.

Herr Resch sagt Frau Seedorf eine schriftliche Beantwortung ihrer Frage zu.

*„Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2012 zur Kenntnis.“*

**zu TOP 21: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im III. Quartal 2013**  
**Vorlage: BR/134/2013**

*„Die aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im III. Quartal 2013 werden zur Kenntnis genommen.“*

**zu TOP 22: Genehmigung der Eilentscheidung zur Einreichung der Klage des Landkreises Uckermark gegen den Träger EJV gemeinnützige AG wegen Entgelterhöhungen in der Jugendhilfe nach §§ 78 b ff. SGB VIII**  
**Vorlage: BV/160/2013**

Herr von Arnim erklärt seine Befangenheit und nimmt für die Dauer der Behandlung des vorliegenden Tagesordnungspunktes im Zuschauerbereich des Plenarsaales Platz.

*Der Kreistag stimmt der Beschlussvorlage einstimmig bei 3 Enthaltungen zu und beschließt:*

*„Der Kreistag genehmigt die Eilentscheidung gemäß § 58 BbgKVerf Klage gegen den Beschluss der Schiedsstelle des Landes Brandenburg vom 24.10.2013 zum AZ: 120-schiedsst/01-13 zu erheben.“*

zur Kenntnis genommen:

In Vertretung

gez. Roland Resch  
Vorsitzender des Kreistages

gez. Karina Dörk  
1. Beigeordnete

gez. Wolfgang Gerhardt  
Schriftführer

## Bericht des Landrates an den Kreistag (04.12.2013)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
werte Damen und Herren Abgeordnete,  
liebe Gäste!

Beginnen möchte ich meinen heutigen Bericht mit drei erfreulichen Nachrichten:

- Die PCK GmbH hat vor wenigen Tagen beim bundesweiten Wettbewerb Schule-Wirtschaft den 1. Preis in der Kategorie große Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten gewonnen. Damit wird das beispielhafte Engagement gewürdigt, Schülern einen praxisnahen, nahtlosen Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen und zugleich Fachkräfte von morgen zu sichern. So unterstützt PCK auf Basis einer Kooperationsvereinbarung unter anderem das Einstein-Gymnasium Angermünde. In Umsetzung dieser Kooperation mit dem PCK ist es dem Einstein-Gymnasium als einzige Schule in der Uckermark gelungen, die offizielle Anerkennung als MINT-Schule zu erhalten (MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik).
- Die Ehm Welk-Oberschule Angermünde wurde für die Schulpartnerschaft mit dem Polizeirevier Angermünde ausgezeichnet. In enger Zusammenarbeit mit der Polizei werden hier insbesondere Angebote zur Gewalt- und Drogenprävention umgesetzt und die Schüler dabei unterstützt, Sozialkompetenz, Toleranz und Rechtsbewusstsein zu entwickeln.
- Und erst vorgestern wurde Lychen in Potsdam der Titel „Familien- und kinderfreundliche Gemeinde 2013“ verliehen. Damit wird die Arbeit des Lokalen Bündnisses für Familien gewürdigt. Sie engagieren sich vor allem für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im ländlichen Raum und gestalten das Lebens- und Wohnumfeld für Familien attraktiver.

Dies sind beispielhaft nur drei von zahlreichen weiteren Initiativen, die zeigen, wie sich Unternehmen, Einrichtungen und Initiativen vor Ort engagieren und dafür sorgen, die Uckermark trotz mancher Probleme zu einer lebens- und liebenswerten Region zu entwickeln.

Passend dazu möchte ich meinen Bericht mit Informationen darüber fortsetzen, wie sich auch die Kreisverwaltung dabei engagiert, ein attraktiver Arbeitgeber für junge Menschen zu sein. Denn es ist erklärtes Ziel, den künftigen **Personalbedarf** möglichst durch eigene Auszubildende und Studenten zu decken. Dafür stellte der Landkreis im Einstellungsjahr 2013 sechs Ausbildungsplätze für den Beruf des Verwaltungsfachangestellten und zwei Studienplätze im Studiengang „Kommunales Verwaltungsmanagement und Recht“ zur Verfügung. Die Stellen wurden im Herbst des vergangenen Jahres ausgeschrieben. Innerhalb der Bewerbungsfrist gingen für die Berufsausbildung insgesamt 109 und für die Studienplätze insgesamt 55 Bewerbungen ein.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass das Interesse an einer Ausbildung in der Kreisverwaltung Uckermark ungebrochen hoch ist.

Für das Einstellungsjahr 2014 wurden 5 Ausbildungsplätze für den Beruf des Verwaltungsfachangestellten sowie wieder 2 Studienplätze öffentlich ausgeschrieben. Die Bewerbungsfrist ist am 29. November abgelaufen.

Insgesamt beschäftigt die Kreisverwaltung derzeit 16 Auszubildende für den Beruf des Verwaltungsfachangestellten, davon fünf im 3., fünf im 2. und sechs im 1. Ausbildungsjahr, eine Kauffrau für Bürokommunikation im 3. Ausbildungsjahr sowie sechs Studenten im Studiengang „Kommunales Verwaltungsmanagement und Recht“, je zwei pro Studienjahr.

In der praktischen Ausbildung werden die Nachwuchskräfte von Mitarbeitern betreut, die speziell hierfür qualifiziert sind. Im Mai endete ein Ausbilderlehrgang mit 10 Teilnehmern aus unserer Verwaltung.

Die Erfahrungen mit unseren Auszubildenden und Studenten sind durchweg positiv. Wir arbeiten mit interessierten und motivierten jungen Menschen, die überwiegend auch das Ziel verfolgen, nach der Berufsausbildung in der Uckermark zu bleiben.

Ebenfalls aktuell ist die Umsetzung des Aus- und Fortbildungskonzeptes der Kreisverwaltung, das mit Wirkung vom 09.08.2013 in Kraft getreten ist.

Es wurde begonnen umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen zu planen und umzusetzen. So startet morgen ein Angestelltenlehrgang I mit 18 Teilnehmern aus der Kreisverwaltung Uckermark. Weitere 3 Plätze sind für Mitarbeiter aus den Städten und Ämtern des Landkreises reserviert.

Im kommenden Jahr beginnen in Prenzlau für 18 Teilnehmer aus unserem Haus zwei Ausbildungslehrgänge zum Verwaltungsfachwirt.

Das Interesse an den genannten Fortbildungsmaßnahmen hat die Erwartungen weit übertroffen: Insgesamt 184 Mitarbeiter sind bestrebt, sich umfassend für die Verwaltungsarbeit zu qualifizieren. Dies wird perspektivisch die Qualität der hier zu leistenden Arbeit verbessern.

In wenigen Wochen neigt sich das erste **Schulhalbjahr** dem Ende entgegen. Das möchte ich zum Anlass nehmen, um aus diesem Bereich ausgewählte Themen anzusprechen.

Die vom Kreistag vor einem Jahr beschlossene 3. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung wird noch von der Landesregierung geprüft. Die laufenden Abstimmungen zeigen aber, dass wohl hinsichtlich der Genehmigung nicht mit Besonderheiten zu rechnen ist. Auch aus der vorzeitigen Auflösung des Förderschulstandortes Angermünde und der daraus resultierenden Verlagerung der Klassen als separate Förderschulklassen an die Ehm-Welk-Oberschule haben sich keine weiteren Fragestellungen im laufenden Genehmigungsverfahren ergeben.

Stichwort Inklusion: Die wird nun schon im zweiten Jahr an über 80 Grundschulstandorten Brandenburg erprobt. Frühestens 2016 ist mit einer Auswertung und daraus folgenden Maßnahmen durch die Landesregierung zu rechnen. Hier möchte ich auch auf meine Antwort auf eine Anfrage verweisen, die heute noch behandelt wird.

Ein weiteres Bildungsthema ergibt sich aus einem 80seitigen Bericht der Demografiekommission Brandenburg. Darin werden Modelle für eine mittel- und langfristige Grundschulversorgung im ländlichen Raum empfohlen.

Lt. **Empfehlung 1** sollen die geltenden Vorschriften zu Mindestgrößen für Grundschulen beibehalten und Filialbildungen mit mindestens 2 aufsteigenden jahrgangsübergreifenden Klassen in den Jahrgangsstufen 1 – 4 ermöglicht werden. Eine Filiale hätte somit mindestens 2 jahrgangsübergreifende Klassen á 15 Schüler, wobei dann aufsteigend die Jahrgangsstufe 5 und 6 den zentralen Grundschulstandort aufsuchen sollen.

Gem. der **Empfehlung 2** sollte die Filialbildung nicht erst mit Beginn des Schülerzahlenrückgangs, sondern zeitnah nach zu schaffenden Rahmenbedingungen durch die Landesregierung beginnen.

Erfordernisse zur Sicherstellung der pädagogischen Qualität an kleinen Grundschulstandorten beinhaltet die **Empfehlung 3**. Dabei geht es um eine anforderungsgerechte Fortbildung der Lehrkräfte für den Einsatz im jahrgangsübergreifenden Unterricht, um die Absicherung des Fachunterrichtes der Jahrgangsstufen 5 und 6, die Erarbeitung eines Konzeptes der Lehrkräftegewinnung, Erprobung von E-Learning-Modellen und der fachbezogenen Kooperation von Grundschulen in öffentlicher und freier Trägerschaft.

Ergänzend zur Filialbildung besagt die **Empfehlung 4**, dass Schulverbünde auf freiwilliger Basis modellhaft zu erproben sind, wobei diese aus einem Hauptstandort und mehreren Teilstandorten bestehen sollen.

Frühzeitig sollen Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf das Schulsystem im Bereich der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen mit Lösungsvorschlägen lt. **Empfehlung 5** betrachtet werden.

Nach einem überschaubaren Abwägungszeitraum rechne ich nunmehr mit einem konkreten Maßnahmeplan durch die Landesregierung. Im laufenden Planungszeitraum unserer Schulentwicklungsplanung von 2012 – 2017 wird dies voraussichtlich aber keine Auswirkungen haben.

Ergänzend möchte ich noch bemerken, dass die Landkreise Elbe-Elster und Uckermark als Referenzlandkreise hinsichtlich der gegenwärtigen und langfristigen Schulstruktur innerhalb der Kommission betrachtet wurden. Als Kommissionsmitglied wirkte dabei der Bürgermeister der Stadt Lychen über den Städte- und Gemeindebund direkt mit.

Vor diesem Hintergrund sind Investitionen an Schulstandorten noch sorgfältiger hinsichtlich der Nachhaltigkeit zu betrachten und Co-Finanzierungen zu erschließen.

Als größte laufende Investitionsmaßnahme ist die Modernisierung des OSZ-Standortes in Templin zu nennen. Ca. 1,1 Mio. €, davon ca. 750.000 € EU-Zuschuss, werden hier investiert. Das Schulgebäude in der Dargersdorfer Straße wird dabei vollständig instand gesetzt. Wir sind optimistisch, dass diese Maßnahme bei laufendem Schulbetrieb bis zum Jahresende 2013 abgeschlossen werden kann. Analog erfolgen Ausstattungsergänzungen im IT-Bereich an unseren 3 Gymnasien in Templin, Schwedt/O. und Angermünde, der Gesamtschule „Talsand“ in Schwedt/O.

sowie an den 3 OSZ-Standorten mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von ca. 330 T€, wobei anteilige EU-Mittel von ca. 231 T€ bestätigt wurden.

Zum Ende der laufenden EU-Förderperiode hoffen wir in diesen Bereichen noch ergänzende Investitionen für Ausstattungen in 2014 tätigen zu können. Entsprechende Gespräche mit der Landesregierung laufen gegenwärtig.

Der Demografische Wandel und daraus resultierende Auswirkungen auf unsere Infrastruktur bestimmt auch die Arbeit in anderen Bereichen unseres Hauses.

Mit der Teilnahme am **Forschungsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge Uckermark 2030“** sollen Handlungsfelder bestimmt und Anpassungsstrategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge zu entwickelt werden.

Aus der Arbeitsgruppe „Technische Infrastruktur“ möchte ich beispielhaft die Klärschlammvererdungsanlagen in Buchenhain und Funkenhagen nennen. Klärschlammvererdungsanlagen bieten kleineren ländlichen Kommunen eine günstige Alternative Klärschlamm, im Gegensatz zu traditionellen Entsorgungspfaden mit niedrigen Betriebs- und Verwertungskosten zu entsorgen.

Alle Ergebnisse der Erarbeitungsphase werden zum Ende dieses Jahres in Form eines Ergebnisberichtes „Regionalstrategie Daseinsvorsorge Uckermark 2030“ zusammengefasst. Dieser Entwurf wird gerade mit der Begleitforschung diskutiert. Eine Zusammenfassung für die Abgeordneten wird aktuell erarbeitet und im nächsten Ausschuss für Regionalentwicklung vorgestellt.

Den Prozess begleiten zwei Umsetzungsphasen, in denen mit finanzieller Unterstützung des Bundes und Landes anhand von Pilotprojekten anpassungsstrategische Maßnahmen gefördert werden.

Im Rahmen der ersten Umsetzungsphase wurden in Form eines regionalen Ideenwettbewerbs Pilotprojekte gesucht. Der Ideenwettbewerb wurde unter dem Titel **„Miteinander Leben im Heimatdorf“** ausgelobt. Bis zum 20. Mai wurden 40 Beiträge aus allen Teilen des Landkreises eingereicht. Ausgewählt wurden folgende Projektideen:

Heimatbund Klaushagen e.V. – “Ein Dorf sucht seine Identität” (7.500 €)

DRK Uckermark West e.V. – Unterhaltung des “Hauses des Ehrenamtes” in Melzow (3.280 €)

Wabe Odertal e. V. Stolzenhagen – “Wissensschmiede” (5.720 €)

Kulturverein Thomsdorf e. V. – “Konzept zur Erweiterung des Kunsthandwerkerhofs Thomsdorf durch einen Dorfladen mit mobilem Service” (10.000 €)

Dirk Dimavid - Warnitz – “Ein Seepferdchen für Lilli” (1.000 € Sonderpreis der Jury)

Umgesetzt werden die Projekte im kommenden Jahr.

Gemeinsam mit den Mitgliedern der AG „Bildung & Betreuung“, dem Jobcenter Uckermark, dem Schulverwaltungsamt und der Stadt Prenzlau hat der Landkreis das Projekt **„Berufsorientierung 2030“** erarbeitet. Ziel ist eine einheitliche flächenhafte Berufsfrühorientierung im Landkreis. Der Zuwendungsantrag über ca. 160.000 € (**159.250,00 Euro**) ist Ende November beim Landkreis eingegangen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der **Beteiligungsbericht** des Landkreises Uckermark zum Stichtag 31.12.2012 liegt Ihnen heute vor. Damit können Sie sich ein umfassendes Bild über die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises Uckermark insgesamt machen. Wenn Sie darüber hinaus Nachfragen zu einzelnen Beteiligungen haben, stehen Ihnen die zuständigen Mitarbeiter im Dezernat III jederzeit zur Verfügung.

Aktuell wird an der Erarbeitung eines Entwurfs des Nahverkehrsplanes des Landkreises Uckermark gearbeitet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Sie erneut und ausdrücklich zur Mitarbeit anzuregen. Alle Fraktionen waren in diesem Zusammenhang aufgefordert, verkehrspolitische Sprecher zu benennen. Im September dieses Jahres fand eine Auftaktveranstaltung zur Nahverkehrsplanerarbeitung statt, zu der alle kreisangehörigen Kommunen und die benannten Vertreter der Fraktionen geladen waren. Eingerichtet ist seitdem ein spezielles Internetforum zur gemeinsamen Erarbeitung des Nahverkehrsplanes, zu dem alle Vertreter der Kommunen und der Fraktionen Zugangsberechtigungen besitzen. Bitte nutzen Sie intensiv die Möglichkeit, Anregungen und Diskussionsbeiträgen über Ihre jeweiligen Vertreter einzubringen. Unser Anspruch ist es, bereits im Stadium der Erarbeitung möglichst weitreichenden Konsens zu erzielen.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Sozialamtes steht momentan Die **Unterbringung von Asylbewerbern**.

Aufgrund der aktuellen Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge hat das Land Brandenburg die für 2013 bereits mehrfach geänderten Aufnahmesolls wiederum erhöht. Nunmehr soll der Landkreis 190 Personen aufnehmen, was eine Erhöhung des bisherigen Solls um weitere 18 Personen bedeutet.

Durch die letzten Zuweisungen aus Eisenhüttenstadt Mitte November hat die Uckermark bisher 144 Personen aufgenommen.

Die Vorbereitungen für die dann noch in diesem Jahr aufzunehmenden 46 Personen laufen auf Hochtouren. Eine Unterbringung der neu aufzunehmenden Asylbewerber wird sowohl im Übergangwohnheim erfolgen als auch in Wohnungen. Da die Kapazität des Heimes auf 225 begrenzt ist und die Kapazitätsgrenze gegenwärtig erreicht wurde, wird es verstärkt Zuweisungen in Wohnungen geben.

Um die Situation zu erläutern und freie Kapazitäten zu erschließen, habe ich selbst Gespräche mit den Amtsdirektoren und Bürgermeistern geführt. Auch mit den örtlichen Wohnungsunternehmen laufen Abstimmungen. Dabei kann ich einschätzen, dass wir überall auf Verständnis und Unterstützung treffen. Besonders hervorheben und bedanken möchte ich an dieser Stelle für die konstruktive, lösungsorientierte Zusammenarbeit mit dem Prenzlauer Bürgermeister Hendrik Sommer und der Wohnbau GmbH Prenzlau.

Zusätzlich werden Gespräche mit anderen möglichen Vermietern geführt, die freie Wohnmöglichkeiten für Asylbewerber angezeigt haben.

Das MASF geht von weiter steigenden Asylbewerberzahlen aus. Mit einer Prognose für 2014 können wir aber erst Anfang des nächsten Jahres rechnen. Insofern sind wir gut beraten, vorausschauend nach Alternativen für eine Unterbringung zu suchen und mit anderen Anbietern, z. B. Bildungsträgern, Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten.

Wegen der in Eisenhüttenstadt aufgetretenen Erkrankungen sind die Zuweisungen aus Eisenhüttenstadt gegenwärtig zwar gestoppt worden. Nach Abklärung der gesundheitlichen Risiken ist aber mit der weiteren Zuweisung zu rechnen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

In meinen vorangegangenen Berichten habe ich schon das eine oder andere Mal über Investitionen auf dem ehemaligen Flugplatzgelände in Groß Dölln informiert. Heute möchte ich kurz auf den **Sachstand der Altlastenbearbeitung** im Zusammenhang mit dem Solarkraftwerk eingehen.

Im Rahmen der Baufeldfreimachung konnten hier 64 Altlastverdachtsflächen des ehemaligen Flugplatzes aus dem Altlastenkataster entlassen werden. Der Verdacht wurde durch analytische Untersuchungen beim Rückbau oder durch Bodenaushubmaßnahmen ausgeräumt.

Im Bereich von 3 Flächen (Haupt-, Süd- und Zwischentanklager) sind in den nächsten Jahren Gefahrenabwehrmaßnahmen erforderlich. Aktuell wurde eine bis zu 62 cm mächtige, auf dem Grundwasser aufschwimmende Kerosinphase im Bereich des ehemaligen Haupttanklagers gemessen. Es wurden Grundwasserbelastungen mit Mineralölkohlenwasserstoffen, Monoaromaten und polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen nachgewiesen (z. B. eine max. 32.065-fache Überschreitung entsprechender Maßnahmeschwellenwerte für Monoaromaten).

Die Gefahrenabwehr/Altlastensanierung besteht zum einen in der Beseitigung des Schadstoffherdes, der dem Grundwasser aufschwimmenden Kerosinphase, und zum anderen in der Sanierung/Sicherung der Grundwasserkontamination.

Die Beseitigung der Kerosinphase auf dem Grundwasser im Bereich des Haupttanklagers wird seit dem 25. Oktober 2013 durch Absaugeinrichtungen an z.Z. insgesamt 16 neuerrichteten Brunnen betrieben. Damit konnten bereits nach 2 Wochen 2.910 Liter Kerosin vom Grundwasserleiter entfernt werden. Für die Flächen des Zwischen- und des Südtanklagers ist der Beginn der Kerosinabsaugung für Ende 2013 festgelegt.

Die Sanierung/Sicherung der Grundwasserkontaminationen wird z.Z. durch eine Sanierungsuntersuchung für alle 3 Tanklager herausgearbeitet. Mit abschließenden Untersuchungen zur Ausbreitung des Grundwasserschadens wird eine für diese Standorte geeignete Gefahrenabwehrmaßnahme entwickelt.

Damit wird eindrucksvoll aufgezeigt, dass finanzielle Anreize für den Einsatz regenerativer Energien auch erheblich dazu beitragen, Altlasten zu sanieren und den betroffenen Kommunen große Sorgen abzunehmen.

Deshalb appelliere ich an die Bundesregierung und die neugewählten Bundestagsabgeordneten, dies auch bei der anstehenden EEG-Novelle zu berücksichtigen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
wenige Wochen vor Jahresende und einen Tag vor dem bundesweiten Tag des Ehrenamtes möchte ich die Gelegenheit nutzen und Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für Ihre engagierte Arbeit danken.

Mit einigen Zahlen möchte ich Ihnen in Erinnerung bringen, wie viele Termine zu bewältigen und welchen Stapel Papier Sie zu bearbeiten hatten.

Inklusive der heutigen Sitzung, die ich schon einmal mitgerechnet habe, wurden im laufenden Jahr insgesamt **31 Sitzungen** des Kreistages und seiner Ausschüsse durchgeführt,

darunter

- 4 Kreistagssitzungen,
- 5 Kreisausschusssitzungen,
- 6 Sitzungen des Jugendhilfeausschusses  
und jeweils 4 Sitzungen der Ausschüsse
- für Regionalentwicklung,
- für Kultur, Bildung und Sport,
- für Arbeit, Soziales und Gesundheit sowie
- für Finanzen und Rechnungsprüfung.

**172 Drucksachen** wurden Ihnen zugestellt und waren im Kreistag und in den Ausschüssen zu behandeln.

Darunter

- 26 Anfragen
- 20 Anträge
- 63 Berichtsvorlagen
- 63 Beschlussvorlagen.

Die Kreistagsarbeit wurde aber aktuell auch von einer tiefgreifenden Neuerung in der Kommunikation zwischen Kreistagsabgeordneten und Kreisverwaltung geprägt: der Einführung des Ratsinformationssystem. Damit wird die Kommunikation zwischen Abgeordneten und Verwaltung weiter verbessert und die Arbeit des Kreistages und seiner Ausschüsse gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern noch transparenter gestaltet. Natürlich weiß ich auch um die anfänglichen Probleme mit dem System. Aber bekanntlich ist ja jeder Anfang schwer. Ich bin sicher, wenn die Anlaufprobleme behoben sind, haben wir eine vernünftige, effektive Basis, die uns die Arbeit erleichtern wird.

Ziel ist es, die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sitzungen des Kreistages und seiner Gremien ausschließlich auf elektronischem Wege vorzunehmen, um so die Arbeit von Kreistag und Verwaltung weitgehend papierlos zu gestalten.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei allen bedanken, die erfolgreich bei der Einführung des Ratsinformationssystems in Kreistag und Verwaltung mitgewirkt haben. Nennen möchte ich hierbei insbesondere die Mitarbeiter des Kreistagsbüros.

Danken möchte ich auch allen Kreistagsabgeordneten, die ihre Bereitschaft erklärt haben, bei der Einführungsphase des Ratsinformationssystems im Jahre 2013 aktiv mitzuwirken.

Danken möchte ich auch Regionalräten – Abgeordneten, Bürgermeistern und Amtsdirektoren aus Uckermark und Barnim- die mit viel Fleiß und großem Engagement dazu beigetragen haben, dass die **Regionalversammlung** vorgestern mit deutlicher Mehrheit den Windplanentwurf beschlossen hat. Damit ist der Weg für das nächste Beteiligungsverfahren frei.

Zu einem ganz anderen Thema:

In den zurückliegenden Wochen haben die Medien mehrfach darüber berichtet, wie versucht wird, den **Stör**, der seit Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland als ausgestorben galt, **wieder in der Oder anzusiedeln**.

Der Stör ist ein Fisch der Superlative: Er kann bis zu 120 Jahre alt und mehr als 4,5 Meter groß werden und ein Körpergewicht von über 600 kg erreichen.

Störe reagieren besonders auf Veränderungen ihrer Umwelt. Mit zunehmender Gewässerverschmutzung während der Industrialisierung und dem Bau von Stauwehren zur Schiffbarmachung brachen die Bestände des einheimischen Störes zusammen.

Damit die Störe wieder in der Oder anzutreffen sind, war eine Zusammenarbeit aus Wissenschaftlern, Fischern und Anglern, Naturschützern und Politikern aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Polen erforderlich.

Die Störe, die aufgrund ihrer genetischen Zusammensetzung für das Projekt geeignet waren stammen aus Kanada. Unter der Leitung des Leibnitz-Institutes für Gewässerökologie und Binnenfischerei Berlin laufen seit 1996 Wiederansiedlungsprojekte. Die Besatzstöre wurden in der Darßer Außenstelle Born der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern aufgezogen. Sie stammen aus kontrollierter Nachzucht des Elterntierbestandes, der dort seit 2005 aufgebaut wurde.

Es gelang, die Grundlagen für einen langfristigen und umfangreichen Besatz in dieser Region zu legen. Insgesamt konnten seit 2006 mehr als 500.000 Jungstöre im Odergebiet ausgesetzt werden. Das untere Odertal wurde dabei nicht zufällig als Besatzort gewählt, da die Jungstöre in den ausgedehnten naturnahen Überschwemmungsflächen der Oderaue sehr gute Lebensbedingungen vorfinden.

Ein großer Teil der Tiere ist markiert und wird frühestens in 15 Jahren das erste Mal zum Ablaichen in die Oder aufsteigen.

Neu ist der Besatz mit 5.000 Stören, die hier vor Ort im Oderwasser aufgezogen wurden. Der Fischer Lutz Zimmermann aus Friedrichsthal hat sich dabei ein neues Standbein aufgebaut.

Durch die Aufzucht im Oderwasser erhoffen sich die Wissenschaftler vom Nationalpark und der Gesellschaft zur Rettung des Störes, dass die Fische eine frühe Prägung auf den Geruch und Geschmack des Wassers erhalten.

An diesem Projekt zeigt sich, dass nachhaltige Arten- und Naturschutzprojekte zur Verbesserung der Biodiversität aber auch zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Fischer führen.

Nachhaltiger Natur- und Artenschutz und das Bemühen, die schönsten Natur- und Kulturlandschaften Deutschlands zu schützen, zu bewahren und für Besucher erlebbar zu machen, ist auch Anliegen der **Nationalen Naturlandschaften**. Das sind die Nationalparke, Naturparke und Biosphärenreservate in Deutschland.

Der Nationalpark „Unteres Odertal“ und der Naturpark „Uckermärkische Seen“ sind Partner der Nationalen Naturlandschaften. Leider beteiligt sich das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin daran bisher nicht. Ich hoffe und erwarte aber, dass es hier noch ein Umdenken gibt.

Die Partnerschaft zwischen Naturschutz und Tourismus nach bundesweitem Vorbild hat zum Ziel, die Nationalen Naturlandschaften mit ihren Schutzzwecken zu stärken und die touristische Bedeutung der Uckermark zu fördern.

Pensionen, Hotels, Privatvermieter, Natur- und Landschaftsführer sowie andere touristische Leistungsträger sind aufgerufen, sich an der Initiative zu beteiligen. Über die Anträge entscheidet dann ein Vergaberat. Dieser traf sich am 18. Oktober. 23 Anträge wurden bewertet und 21 Bewerber zu Partnern der Nationalen Naturlandschaften ernannt.

Darunter sind z. B. die Glashütte in Annenwalde, der Campingplatz am Dreetzsee, das Landhaus Arnimshain, das Multikulturelle Centrum in Templin, das Schweizer Haus in Stolpe, der Ferienhof Salvey Mühle in Geesow und die Tourenführer des Nationalparks Unteres Odertal, um nur einige zu nennen.

Partner zu gewinnen, die dieses Projekt umsetzen, ist ein weiterer wichtiger Baustein zur Profilierung der Uckermark als nachhaltige Tourismusregion.

Bekanntlich hat ja die Uckermark den **Bundeswettbewerb „Nachhaltige Tourismusregion“** gewonnen.

Dieser überraschende Sieg ist der Lohn für die nachhaltige Tourismusentwicklung, die durch touristische Leistungsträger und Unternehmen, die Tourismusvereine und die tmu als Zukunftsvision in den letzten Jahren konsequent umgesetzt wurde. Die Uckermark arbeitet nun an der Fortführung der Naturtourismus-Positionierung und hat gegenüber anderen brandenburgischen bzw. deutschen Destinationen einen Wettbewerbsvorteil, da alle touristischen Themen, wie Natur, Wandern, Wasser, Radfahren, Regionalkultur unter dem übergeordneten Thema Nachhaltigkeit vermarktet werden.

Die „Nachhaltigkeit“ ist in das Schwerpunktthema Naturtourismus – und damit in quasi alle Themenlinien integriert.

So werden Naturerlebnisangebote, klimaneutrale Pauschalen, Wandern-ohne-Gepäck, der Auf- und Ausbau naturtouristischer Infrastruktur, wie das Wander- und Radwegenetz, das wassertouristische Leitsystem im Naturpark, der Uckermark Shuttle, der KombiBus auf allen Kommunikationsebenen, wie Internet, Facebook und Youtube beworben.

Mittlerweile konnten 22 Partner mit ca. 250 Betten für das Netzwerk „Natürlich Uckermark – Ferien fürs Klima“ gewonnen werden.

Die touristischen Anbieter bestätigen das gestiegene Kundeninteresse am Thema nachhaltiger Tourismus. Buchungen erfolgen zunehmend aufgrund der Nachhaltigkeits-Kommunikation der tmu bzw. des Bundeswettbewerbs.

Auch der KombiBus wird touristisch genutzt. So erfolgt der Koffer-Transport der „Wandern ohne Gepäck-Pauschalen“ des Tourismusvereins Angermünde mittlerweile komplett mit dem KombiBus. Durch die Kombibus-Initiative „Regionales Frühstück“ wird aktuell erfolgreich daran gearbeitet, den Anteil der regionalen Produkte auf den Frühstücksbuffets der uckermärkischen Hoteliers zu erhöhen.

Touristisch bedeutsam und erfolgreich war auch die **Landesgartenschau**, die an 176 Tagen insgesamt 465.499 Besucher anlockte.

Eine Analyse der Kennzeichen auf dem LaGa-PKW-Parkplatz ergab, dass ca. 52 Prozent der Besucher aus Brandenburg kamen, 27 Prozent aus Berlin und mehr als zehn Prozent aus Mecklenburg-Vorpommern. Selbst aus Sachsen kamen über zwei Prozent, aus Sachsen-Anhalt über ein Prozent der Gäste und aus Nordrhein-Westfalen immerhin noch 1,5 Prozent der Gäste.

Die erfolgreiche Durchführung der LaGa, die Präsentation der Stadt und ihrer Umgebung sowie die Freundlichkeit der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Gästen im LaGa-Jahr lassen hoffen, dass ein Großteil der Besucher wiederkommt.

Von der Vorbereitung und Durchführung der Gartenschau profitierten aber auch Beschäftigung suchende Menschen aus der Region. Durch die Unterstützung verschiedener Förderprogramme aus EU, Bund und Land konnten insgesamt 245 Personen in Maßnahmen beschäftigt werden. Davon befinden sich mit Stand Oktober 2013 noch 62 Personen in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Rückblickend kann ich sagen: Die Landesgartenschau Prenzlau 2013 ist ein Gewinn für die gesamte Reiseregion Uckermark.

Bereits lange vor der Landesgartenschau Prenzlau hat sich die gesamte Region mit dem Thema identifiziert. Zunächst ging es darum, sich als guter Ausrichter der Schau zu präsentieren, später um die Vorbereitung auf die Gartenschau. Tourismusvereine und -anbieter haben die LaGa Prenzlau nicht nur in die eigene Werbung einbezogen, sie haben auch die Chance genutzt, Ihre Angebote den Gästen der Gartenschau zu offerieren. Mit dem Projekt „Offene Gärten Uckermark“ wurde schon in 2011 das Gartenthema für Einheimische und Gäste in den Fokus gerückt. Erfolgreich, denn es wird weitergeführt – auch nach der LaGa.

Mit der Koordinierung des Gruppengeschäftes durch die tmu wurden Angebote und Pakete gebündelt und anschließend vermarktet, gebucht und online verkauft. Die praxisnahe Erarbeitung des entsprechenden Verkaufshandbuches war von Vorteil.

Als ebenso günstig erwiesen sich der Kooperationsvertrag zwischen tmu- und LaGa GmbH, welcher beispielsweise die Mitwirkung der tmu GmbH an der Erarbeitung des Besucher-Magazins zur Folge hatte. Über die Informationen zum Gartenschaugelände hinaus konnte die gesamte Reiseregion vermittelt werden. Für die Präsentation auf Messen, Promotion-Touren und Auslage vor Ort stellte sich die Uckermark als attraktives Reiseziel vor.

Die Landesgartenschau Prenzlau ist ein gutes Beispiel dafür, dass durch das Zusammenspiel vieler Beteiligten ein Produkt geschaffen werden kann, welches längerfristig ein positives Image der Region bewirkt.

Am Erfolg der LaGa war auch die **Uckermärkische Verkehrsgesellschaft** beteiligt, die den Zuschlag zur Gästebeförderung erhielt.

Ihre Shuttlebusse waren ein Garant dafür, dass die Besucher schnell und problemlos vom Parkplatz am Ortseingang oder vom Bahnhof zum LaGa-Gelände und wieder zurückkamen. Insgesamt wurden so 34.200 Kilometer gefahren.

Verstärkt wurde der Shuttle zu einigen Abendveranstaltungen und bei einem sehr großen Ansturm auf das LaGa Gelände. Die Einsatzleitung der UVG reagierte schnell auf steigenden Bedarf.

Neben dem Shuttleverkehr wurde die UVG von der LaGa GmbH auch für weitere Fahrten gebucht: Z. B. für Fahrten mit einem Kleinbus zwischen dem LaGa Gelände und dem Naturerlebnis Uckermark oder für Sonderfahrten nach Stettin.

Die UVG hat ein durchweg positives Resümee und viel positives Feedback durch die Fahrgäste erfahren.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
soweit die Informationen zu Themen, die die Arbeit in der Kreisverwaltung seit dem letzten Kreistag geprägt haben. Wie gewohnt können Sie den Bericht wieder auf unserer Internetseite nachlesen.

Enden möchte ich mit dem Hinweis darauf, dass am kommenden Samstag hier in diesem Saal die **Festveranstaltung** anlässlich des 20jährigen Bestehens des Landkreises Uckermark stattfindet, zu der Herr Resch und ich Sie eingeladen haben. Ich gehe davon aus, dass wir uns also am Samstag hier wiedersehen.

Doch erst einmal haben wir heute noch eine umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten.

Dafür wünsche ich uns viel Erfolg und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.